

zu sein schien. Der Sicherheitsrat entschied am 14. Juni 1950, nachdem er den Bericht seines Präsidenten zur Kenntnis genommen hatte, mit neun Ja- und einer Neinstimme, die ganze Frage der Internationalisierung der Heiligen Stadt an die Vollversammlung zurückverwiesen. Man könnte nun fragen, ob nicht auch eine andere Art möglich wäre, die heiligen Stätten in Palästina zu sichern. Indes dürfte dies für Jerusalem sehr schwierig sein. Wird die Stadt nicht international regiert, so ergibt sich die Lage, daß mitten durch sie eine Grenze läuft: die Altstadt wird arabisch, die Neustadt jüdisch beherrscht sein. Abgesehen von den wirtschaftlichen Schwierigkeiten einer solch unnatürlichen Zerreißung würde sie dauernde Spannungen und sicher auch blutige Auseinandersetzungen zur Folge haben. Die Gefühle, die Araber und Israeliten füreinander hegen, sind ja bekannt. Für die christlichen Heiligtümer und die Sicherheit der Pilger scheint also jede andere Lösung unzulänglich zu sein. (Vgl. „La Civiltà Cattolica“, Jg. 102, Heft 2413, 6. Jan. 1951.)

Islam und Kommunismus in China. Im Januar 1950 bestellte die Chinesische Volksrepublik für den Nordwesten Chinas eine regionale Koalitionsregierung. Ihr Gebiet umfaßt fünf Provinzen: Schensi, Kansu, Ninghsia, Chinghai und Sinkiang. Die äußeren Grenzen dieser Zone stoßen an Tibet, Kaschmir (Indien), Afghanistan und die Sowjet-Union. Es kreuzen sich hier viele Interessen, vorab chinesische, sowjetrussische, aber auch panislamitische. Kaschmir, das an dieses anstoßende Pakistan und Afghanistan sind vorwiegend mohammedanisch. Das ist für die in den chinesischen Randprovinzen lebenden Anbeter Allahs und damit auch für China bedeutsam. Die Zahl der Moslems in China ist bis heute nicht genau festgestellt worden. Die Angaben schwanken zwischen 48 und 4 Millionen. Wahrscheinlich sind es rund 10 Millionen, von denen die meisten in den obengenannten fünf Provinzen leben; Sinkiang allein zählt bei einer Gesamtbevölkerung von rund 3800000 etwa 3,5 Millionen Mohammedaner. Die islamitische Bevölkerung Nordwestchinas bildet keine rassische Einheit, zerfällt vielmehr in Chinesen, Turk-Stämme, Mongolen und andere Volkssplitter. Außer in Sinkiang sind sie überall Minderheiten. Ihr Einheitsband ist vor allem religiös-sozial, und auch diese Einheit ist locker. Was sie seit langer Zeit anstrebten, ist weniger staatliche als vielmehr religiös-sozial-kulturelle Autonomie der einzelnen Moslemgemeinschaften. Das alte kaiserliche China hat stets versucht, sie aufzusaugen, und auch die republikanische Nationalregierung hatte wenig Verständnis für sie. Erst in den Wirren der letzten 15 Jahre wurden die Moslems umworben und zwar gleich von allen Seiten: der Nationalregierung von Nanking, den Japanern und den chinesischen Kommunisten, deren Verbindungen zur Sowjet-Union zum Teil durch die islamitischen Grenzgebiete führten. Indes war die starre politisch-soziale Denkweise der Roten unfähig, sich dem vielschichtigen Gebilde der chinesischen Islamgemeinschaft anzupassen, die nicht nur rassisch zerklüftet, sondern auch in Sekten zerspalten ist. Der Begriff nationaler Minderheit war nicht anwendbar, und für wirkliche religiöse und kulturelle Duldung hat ein richtiger Kommunist kein Verständnis. Vollends war das Klassenkampfindeal den sozialen Auffassungen der Mohammedaner völlig zuwider. Diese wählten unter den drei Bewerbern — Nanking, Japan und Sowjets — das für sie geringere Übel. Japan schied aus, weil es als fremder Eroberer angesehen wurde. So fiel die Entscheidung zugunsten Nankings. Nur dort, wo die Kommunisten es durch Militärgewalt erzwingen konnten oder wo Not und Hunger keinen Ausweg ließen, wurden die Moslems Verbündete der Roten. Der volle Gegensatz zeigte sich, als nach dem Sieg über den gemeinsamen japanischen Feind der Waffenstillstand zwischen Rot- und Nationalchina sein Ende fand. Es kam öfters zu Kämpfen zwischen kommunistischen und mohammedanischen Truppen,

und mehr als ein Mal wurden die Kommunisten geschlagen. Erst gegen Ende 1949 waren die roten Streitkräfte Chinas stark genug, zu einem entscheidenden Angriff auf die Moslems des Nordwestens anzutreten. Durch den Zusammenbruch Nationalchinas ihres militärischen Rückhalts beraubt, verloren diese den Mut, wurden unter sich uneins und nach wenigen Gefechten überrannt.

Nun steht der chinesische Islam mit all seinen verwickelten Problemen der siegreichen Macht des Kommunismus gegenüber. Dieser hat es nicht mehr nötig, ihn zu umwerben und mit seiner schwierigen, religiös bedingten Gesellschaftsordnung Nachsicht zu üben. Er ist Sieger. Und er hat die benachbarte Sowjet-Union als Vorbild, wie heikle Minderheitenfragen am einfachsten zu lösen sind.

Der Kampf um Asien. Richard L.-G. Deverall, der sich zwei Jahre in kulturell-erzieherischer Mission (Arbeitererziehung) im besetzten Japan aufgehalten hat, veröffentlichte in der Wochenschrift „America“ (2. Dez. 1950, Vol. 84, Nr. 9) einen beachtenswerten Beitrag zum Gegenwartsthema „Asien“.

Der Osten hatte sich in der nahen Vergangenheit außer mit den alteingesessenen „Imperialisten“ europäischen Ursprungs auch mit den japanischen Eroberern auseinanderzusetzen. Eigentümlich ist hier, was Deverall feststellen mußte: Der kleine Mann in den ostasiatischen Ländern verzeiht den Japanern leichter als den Weißen, ja er denkt oft mit Sehnsucht an den „älteren Bruder“ aus dem Reiche des Tenno zurück, der den abendländischen Eindringlingen zum erstenmale gründlich den Meister gezeigt hat. Dabei war die japanische Besatzung alles andere als leicht. Woher der Haß gegen den weißen Mann? „Er ist das furchtbare Vermächtnis der portugiesischen, britischen, französischen, holländischen und sonstigen (europäischen) Fremdherrschaft über Asien.“ Mit dieser Fremdherrschaft war der Dünkel der weißen Rasse verbunden, ihre Überheblichkeit und Mißachtung der farbigen Völker. Der Begriff des überlegenen Herrenvolkes, den die westlichen Kolonialmächte in ihrer Heimat an Hitlers Rassenideologie verdammt, wurde durch sie in den überseeischen Gebieten bedenkenlos angewandt. Der Asiate sieht im Weißen indes nicht nur den fremden Eroberer, sondern auch den Ausbeuter. Durchweg wurde die Wirtschaft der Kolonien ja nicht nach den einheimischen Bedürfnissen, sondern nach jener der europäischen Herrenvölker ausgerichtet. So wurden zum Beispiel viele Millionen Hektar Land für Gummi- und Teeplantagen verwandt, die vom einheimischen Gesichtspunkt aus besser mit Getreide, Reis und anderen Nahrungsmitteln bepflanzt würden. Der weiße Mann darf sich keiner Täuschung hingeben: alle seine Vergehen und Versäumnisse sind in der Seele des Asiaten eingeschrieben.

Andererseits gaben sich auch die ehemals oder heute noch beherrschten Völker in ihrer Abneigung gegen den Weißen gefährlichen Täuschungen hin. Ihr Elend hat noch andere Ursachen als die europäische Kolonialpolitik. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Indiens sind seit seiner Unabhängigkeitserklärung nicht geringer, sondern größer geworden. Das sind nicht nur Nachwehen der Fremdherrschaft, sondern auch ortsbedingte Übelstände. Die Landwirtschaft der östlichen Völker arbeitet zum Teil noch mit Mitteln, die 5000 Jahre hinter der Zeit zurück sind. Und die einheimischen Grundherren, Kaufleute, Geldverleiher und industriellen Arbeitgeber schröpfen die Masse des Volkes weit schlimmer, als es die Europäer je getan haben.

Das Elend ist groß und wird von den Kommunisten ausgebeutet, die skrupellos bald unter nationaler, bald unter sozialer Flagge wühlen. Was kann der Westen tun, um den Sieg des Sowjetsterns über diese ungeheuren Ländermassen zu verhindern? China ist bereits verloren.